

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	9
Bewaffnung der Streitkräfte	10
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	13
Polizei und andere Sicherheitskräfte	15

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	17
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
Unerlaubte Wiederausfuhr	30
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Libyen

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren die Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Heutzutage gilt die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet. Aufgrund der jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche auch ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr verhängte die EU ebenfalls Sanktionen gegen Libyen. Nach dem offiziellen Verzicht Libyens auf Massenvernichtungswaffen sowie der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig aufgehoben. Dadurch wurde Libyen zwischenzeitlich zu einem lukrativen Absatzmarkt für Rüstungsgüter. Auch aus Ländern der EU erhielt Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Mio. Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. Im Sommer 2011, nach der NATO-Intervention in Libyen, stoppten alle EU-Staaten ihre Waffenlieferungen an Libyen entweder vollständig oder zu großen Teilen. Einige belieferten anschließend die Rebell:innen im Land. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte erneut ein Waffenembargo für Libyen, ebenso die EU.

Der Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 entfaltet bis heute massive Folgen für die Bevölkerung des Landes. Das Land ist tief gespalten und seit Jahren bestehen unterschiedliche Machtzentren, die seit Anfang 2021 mit der neu installierten und von der UN unterstützten Übergangsregierung überwunden werden sollen. Im Zuge der Entwicklungen der letzten Jahre hat sich auch die Rolle des Militärs verändert: Während sich einige Teile des Militärs 2011 mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. In Folge des Sturzes Gaddafis, des Sieges der Aufständischen und des Ausbruchs des Bürgerkrieges haben verschiedene politische und militärische Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen und kämpften um die Macht. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwimmen. International anerkannt wurde die Nationale Einheitsregierung von Regierungschef Fajis al-Sarraj in Tripolis, die sich im Konflikt mit der Libyschen Nationalen Armee (LNA) unter General

Chalifa Haftar befand, der die Regierung von Sarraj nicht anerkannte. Beide einigten sich im Sommer 2017 auf Vermittlung des französischen Präsidenten Macron hin auf einen Zehn-Punkte-Plan, der eine Waffenruhe und baldige Wahlen vorsah. Letztere wurden für Dezember 2018 geplant, fanden allerdings nicht statt. Ab April 2019 kämpften die Streitkräfte von General Chalifa Haftar, seit 2015 Oberbefehlshaber der LNA, im Zuge einer Großoffensive gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis erneut um die politische Macht im Land. Die neue Interimsregierung von Anfang 2021 unter dem neuen Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh versucht nun, die Konfliktparteien zu einen. Nachdem die Wahl am 24. Dezember 2021 jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Ostend es Landes einen neuen, zweiten Regierungschef (Fatih al-Baschagha) aus. Nachdem es in der Hauptstadt Tripolis im Mai 2022 zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen gekommen war – einige Medien berichteten von einem versuchten Putsch durch Baschagha – verkündete dieser, seine Regierungstätigkeit von Tobruk in die Stadt Sirte verlegen zu wollen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Neben den US-Sanktionen waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 zusätzliche Sanktionen von Seiten der Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese sollte und wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken. Derzeit ist ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft. Dieses vierjährige Embargo wurde auch fortgeführt, nachdem das libysche Informationsministerium mitteilte, die libyschen Streitkräfte seien in der Lage, den Islamischen Staat (IS) bis Ende 2015 zu besiegen, wenn das Waffenembargo aufgehoben werden würde. Der militärische Sektor in Libyen wurde durch diese Sanktionen schwer getroffen. Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft. Seit Februar 2011 besteht aufgrund der Entwicklungen im Land und den anhaltenden Unruhen erneut ein umfassendes Waffenembargo gegen Libyen.

Die Menschenrechtssituation in Libyen ist laut zahlreichen Berichten internationaler Organisationen verheerend. Neben willkürlichen Verhaftungen, dem mangelnden Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und faire Gerichtsverfahren stellen Mord, Folter, Entführungen, Vergewaltigungen und Menschenhandel einige der massiven Probleme dar, die das Land gegenwärtig prägen.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger	0,33
2002	Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen	---
2003	Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen	1,31
2005	Geländewagen	0,31
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3%	2,0
2007	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6%	23,84
2008	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 58,7%; Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile für Gefechtsfeldüberwachungsradar: 28,2%	4,18
2009	Kommunikationsausrüstung, Störsender und Teile für Kommunikationsausrüstung: 81,4%	53,15
2010	Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile dafür: 72,0%; Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Spähfahrzeuge, Geländefahrzeuge: 16,6%	6,11
2011	Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft], Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte [Hilfsorganisation]: 98,1%	3,89
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 77,4 % Helme, Minenschutzwesten, Bombenschutzanzug und Schutzbekleidung: 21,8 %	1,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 92,2%	5,96
2014	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission, Botschaft, Personenschutz] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 88,8%	2,53
2015	Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission], Magazine [VN-Mission], Waffenzielgeräte [VN-Mission] und Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]: 98,9%	0,13

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	---	---
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,54
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 100%	2,31
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, Bank] und Teile für ballistischen Schutz [Bank]: 100%	0,52
2020	---	---
2021	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

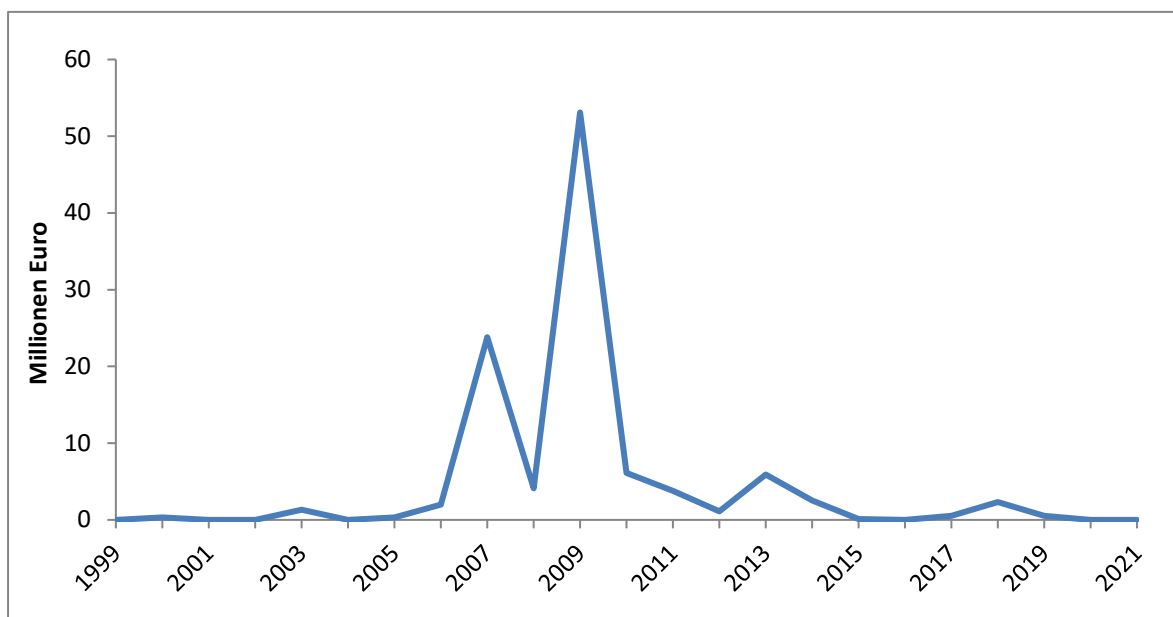


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen 2000-2021

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2021 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	-	-	-	-	-

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2017-2021, Mio. TIV

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Wegen der bis 2004 und seit Februar 2011 von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen wieder verhängten Waffenembargos gegen Libyen, konnte sich das Land in den vergangenen Jahren kaum mit Waffen und Rüstungskomponenten versorgen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten, dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter:

<https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

und Libyen. Demnach soll eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Million Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. 2020 hat die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Libyen im Wert von rund 1,5 Mio. Euro unter Verweis auf einen möglichen Verstoß gegen Kriterium 3 des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union („Innere Lage“) jüngst nicht genehmigt, nachdem in den Jahren zuvor Rüstungsgüter u. a. für die UN-Mission und die Botschaft nach Libyen ausgeführt wurden.

Nach dem Ausbruch der Auseinandersetzungen Anfang 2011 lieferten viele Staaten Waffen an die libyschen Rebell:innen, die den Sturz des damaligen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi zum Ziel hatten. So soll Katar Milan-Panzerabwehrraketen zur Unterstützung geliefert haben, Italien Ausrüstung zur Selbstverteidigung. Auch die USA und Großbritannien belieferten die libyschen Regimegegner:innen mit einer Vielzahl nicht-tödlicher militärischer Ausrüstungsgegenstände. Während des Konflikts in Libyen haben zahlreiche Waffen das Land erreicht. Bilder deuten auch darauf hin, dass G-36 Gewehre von Heckler & Koch in dem Krieg zum Einsatz kamen. Ausgelöst durch den Konflikt haben zahlreiche europäische Staaten ihre Rüstungsexportlizenzen für Libyen überprüft und angekündigt, keine neuen zu erteilen. Die Waffenproliferation aus Libyen in umliegende Staaten ist zudem ein großes Problem und führt zur Destabilisierung der gesamten Region.

Auch Russland bemüht sich, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren und war im Zeitraum 2013 bis 2017 der zweitwichtigste Waffenlieferant hinter Kanada. Dass Kanada hier an erster Stelle stand, ging insbesondere auf Lieferungen von gepanzerten Truppentransportern zurück. Diese Lieferungen, welche einen Bruch des UN-Waffenembargos darstellten, wurden über eine Firma in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgewickelt, die jedoch in kanadischem Besitz ist. Die kanadische Regierung sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Kontrollpflichten verletzt zu haben. Italien unterstützt die international anerkannte libysche Küstenwache – laut Expert:innen gibt es derzeit wohl drei unterschiedliche in verschiedenen Küstenabschnitten – bei der Bekämpfung illegaler Migration von Nordafrika nach Europa. Im Zuge dessen lieferte Italien im Mai 2017 vier Patrouillenboote der Bigliani-Klasse.

Vor der Etablierung der Übergangsregierung unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh Anfang 2021, die die Konfliktparteien zu vereinen sucht, wurden im Zuge des Kampfes um die politische Macht im Land beide Konfliktseiten von ausländischen Patronen mit Waffensystemen versorgt. So soll die Türkei beispielsweise die Regierung von Ministerpräsident Fayed al-Sarraj unterstützt haben, während Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate General Haftar mit moderner Militärtechnologie versorgten. Zudem hatte der türkische Präsident Erdogan im Dezember 2019 angekündigt, Truppen nach Libyen zu schicken, sollte die Regierung von Premier Sarraj darum bitten. Auf Seiten der LNA sind wohl bereits russische Scharfschütz:innen und Militärberater:innen im Einsatz.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

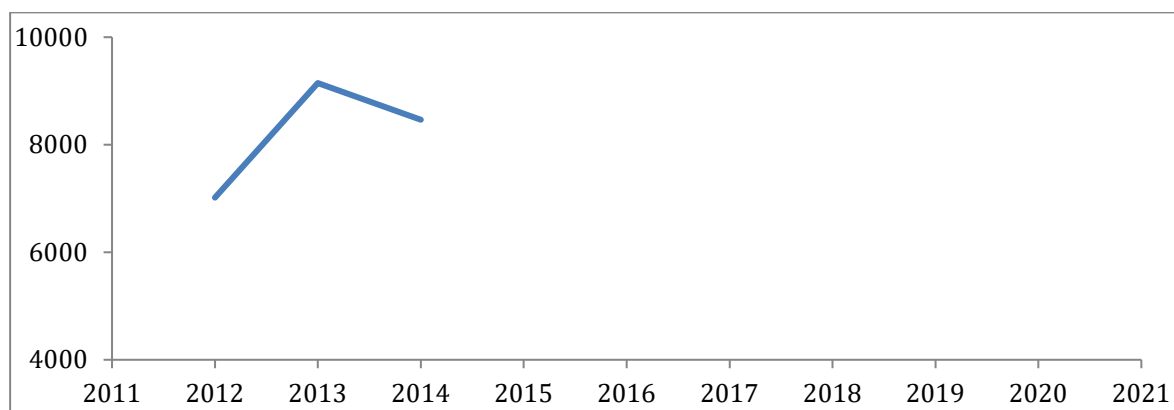
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 2

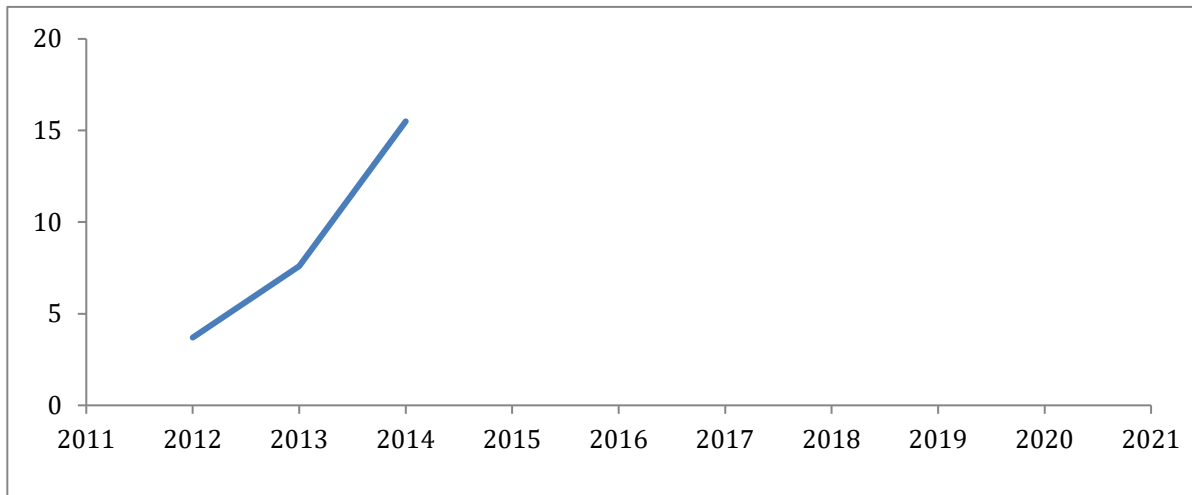
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)*Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.**Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch jahrzehntelange Embargos existiert in Libyen derzeit praktisch keine eigene Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das erste, bis 2004 andauernde Embargo überstanden, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte nur kurzzeitig mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Bis zum Ausbruch des gewaltsamen Konfliktes 2011 war anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren würde. Auch der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder, nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, ließen einen Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie vermuten. Durch den Ausbruch des Konfliktes sank jedoch die Bereitschaft der westlichen Staaten dazu. Auch durch die Intervention der NATO, die die wenigen Einrichtungen empfindlich zerstörte, gilt es weiterhin als unwahrscheinlich, dass sich die libysche Rüstungsindustrie in absehbarer Zeit erholt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

Keine Angaben.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	7	7	-	-	-	-	-	-	-
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,1	1,1	-	-	-	-	-	-	-

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Einige	T-55; T-72
Schützenpanzer	Einige	BMP-2
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Einige	u. a. 4K-7FA Steyr, Mbombe-6, Al-Wahsh, Kirpi-2, Vuran
Bergepanzer	Einige	Centurion 105 AVRE
Panzerabwehr	Einige	u.a. AT-15 Springer
Artillerie	Einige	Palmaria, D-30
Luftabwehr	Einige	Geschütze und QW-18 Luft-Boden-Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Fehlende finanzielle Mittel und eine aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierende Personalschwäche machten das libysche Heer lange militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung aus Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren, als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüsteten Armee der arabischen Welt

zu machen, jedoch nicht aus. Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Expert:innen aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen.

Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Ein großer Teil wurde zudem während der Aufstände zerstört. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Innerhalb der neuen libyschen Führung gibt es jedoch Überlegungen, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu bauen. Dabei handelt es sich allem Anschein nach um Radaranlagen, Kameras, Drohnen, Hubschrauber und geländegängige Fahrzeuge. Berichten zufolge sind an den Verhandlungen dieses Projektes britische, französische, italienische und US-amerikanische Rüstungskonzerne beteiligt. Darüber hinaus will sich Großbritannien an der Ausbildung des Heeres beteiligen.

Anfang 2015 hat der UN-Sicherheitsrat eine libysche Anfrage zur Lieferung von Waffen für den Kampf gegen die dschihadistische Miliz Islamischer Staat (IS) aufgrund des bestehenden Waffenembargos zurückgewiesen. Sieben Ratsmitglieder stimmten für einen Antrag Spaniens, die Anfrage auf Gewährung einer Ausnahme vom bestehenden Waffenembargo nicht zu behandeln, solange die libyschen Konfliktparteien unter Vermittlung des damaligen UN-Sondergesandten Bernardino Leon über eine politische Lösung des Konflikts verhandeln. Neben Spanien stimmten auch Großbritannien, Frankreich und die USA für den Antrag.

Im Sommer 2015 forderte die Arabische Liga dann eine stärkere militärische Unterstützung für Libyen von der internationalen Gemeinschaft sowie der UN, um Libyen im Kampf gegen den IS stärker zur Seite zu stehen. In ihrem Kampf gegen die Milizen und Streitkräfte General Haftars wurde das libysche Militär der Regierung in Tripolis von Katar, Italien und der Türkei unterstützt.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	Mehr als 3	
Davon Korvetten	1	<i>Al Hani</i> -Korvette seit 2013 in Malta zur Modernisierung
Amphibienfahrzeuge	1	
Logistik und Unterstützung	2	

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Box 2**Andere Marineeinheiten***Küstenwache:**10 Patrouillenboote**Quelle: IISS Military Balance 2022***Kommentar**

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Teilstreitkraft des libyschen Militärs. Im Jahr 1962 mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Personen verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst. Die Marine verfügte einschließlich der Küstenwache über weniger als 7.000 Soldat:innen (letzte verfügbare Zahlen von 2014). Während der NATO-Operationen gegen Libyen versenkten Kampfflugzeuge und Schiffe der Alliierten eine Reihe kleinerer Boote – von libyscher Seite wurden sechs Treffer bestätigt –, die auch zu Angriffen auf bewaffnete Widerstandsgruppen vom Regime genutzt wurden.

Tabelle 9**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	2	MiG-23BN
Kampfflugzeuge	1	J-21 Jastreb, Einsatzfähigkeit zweifelhaft
Trainingsflugzeuge	Mehr als 9	Alle kampffähig
Kampfhubschrauber	Einige	Mi-24 <i>Hind</i>
Transporthubschrauber	Einige	Mi-17 <i>Hip</i>
Raketen	Einige	u. a. AA-8 <i>Aphid</i> ; AA-2 <i>Atoll</i>

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Luftwaffe war lange in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen. Bis zum Ende des Jahrzehntes verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine signifikante Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung sowie vielfältige Unterstützung verschiedenster kommunistisch geprägter Staaten hinsichtlich der Wartung und des Trainings der neuen Gerätschaften. Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von den jahrelangen Embargos hart getroffen worden und galt als veraltet und durchgehend modernisierungsbedürftig. Durch die Angriffe der Alliierten auf die libysche Luftwaffe Anfang 2011 wurde diese sowie die Luftabwehr zerstört bzw. so massiv beschädigt, dass sie nicht einsatzfähig ist. Nach der Neuaufstellung der Luftwaffe sind die meisten Flugzeuge und Hubschrauber auf dem Flughafen Tobruk stationiert, teilweise auch in Misratah. Ein Großteil der Luftwaffe schloss sich seit 2014 im Zuge des zweiten Bürgerkrieges den Truppen von General Haftar an. Dieser flog 2019 und 2020 mehrfach Luftangriffe auf die international anerkannte Regierung in Tripolis.

Box 3

Peacekeeping

Libyen nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und die damalige Kolonialmacht Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armee-Angehörigen in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteran:innen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den

späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren *National Security Force* und der *Cyrenaican Defense Force* führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee. Anfangs galt das Militär als angesehene Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden es viele hochrangige Militärangehörige, ihre materiellen Vorteile öffentlich zur Schau zu stellen, um sich von den ehemaligen Offizier:innen der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten. Auch Muammar al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Gaddafi nutzte das Militär zudem zu Zwecken der Machtsicherung. So sorgte er dafür, dass Vertreter:innen des Gaddafi-Stammes (Qadhadhifa) sowie der mit ihm verbündeten Stämme Maqarha und Warfalla alle zentralen Posten im Sicherheitsbereich, also bei Streitkräften, Polizei und Geheimdienst, übernahmen und so ihre Herrschaft absicherten.

Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putschversuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen.

Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 veränderte sich die Lage grundlegend: Während sich einige Teile des Militärs mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Da Gaddafi das Militär zunehmend auch zur eigenen Machtsicherung und der Machtsicherung seines Sohnes zweckentfremdet hatte, war die Institution während seiner Amtszeit geschwächt worden. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Sieg der Aufständischen wurde auch das Militär von einer Neuausrichtung und Umstrukturierung erfasst. Unter teilweise chaotischen Umständen wurde versucht, die Milizen der Befreiungsarmee in die regulären libyschen Streitkräfte, die Polizei und andere Einrichtungen der neuen Regierung zu integrieren. Doch die Gewalt hielt weiter an: Zunächst begann im Oktober 2011 ein

Übergangsprozess, der durch die Rivalität zwischen lokalen Interessengruppen gekennzeichnet war, die jeweils enge Verbindungen zu Milizen unterhielten. Zwischen den bewaffneten Gruppen entstanden zunächst lokale Konflikte, die sich jedoch schnell ausbreiteten und eskalierten. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwommen. So haben verschiedene bewaffnete Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen, wie vor allem seit 2014 die durch Khalifa Haftar geführte Libyan Arab Armed Forces (LAAF) im Osten des Landes. Im Dezember 2015 wurde zudem in Marokko ein von der UN vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet. Die zentralstaatliche Autorität wurde nun im Westen des Landes durch die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) ausgeübt, welche zu großen Hoffnungen auf Verbesserungen führte. Vor allem die LAAF im Osten sowie die in Tripolis ansässige GNA versuchten in der Folge, die Kontrolle über die zentralstaatliche Autorität und den Staatsapparat, insbesondere über die Zentralbank sowie Erdöl-Exporteinnahmen, zu erringen bzw. zu sichern. Kurz darauf lehnte das international anerkannte Parlament für Libyen die von der UN unterstützte GNA jedoch ab. Dies bedeutete einen schweren Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise, die in einer LAAF-geführten Offensive gegen Tripolis im Jahr 2019 mündeten. Das Scheitern der Offensive sowie die im März 2021 begründete und von der UN und weiteren externen Akteuren unterstützte neue Regierung der Nationalen Einheit (GNU), die darauf abzielt, beide Konfliktseiten zu einen, drängte den Einfluss der LAAF im Verlaufe des Jahres jedoch stark zurück.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Nach den schweren Kämpfen und den politischen Umbrüchen in Libyen ist gegenwärtig unklar, wie eine neue Polizei und die anderen Sicherheitskräfte in Zukunft gestaltet werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Einheiten und Strukturen bestehen bleiben, die Polizei jedoch insgesamt neu strukturiert werden wird. Dabei gilt es, insbesondere die nach wie vor bewaffneten Revolutionsbrigaden weiter in die regulären Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte bzw. Regierungsbehörden zu integrieren. Vor dem Krieg hatte die libysche Polizei (People's Security Force – shurta) eine Stärke von etwa 30.000 bis 50.000 Personen und war mit der Ermittlung bei Verbrechen, der allgemeinen Strafverfolgung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut. Ge-

genspionage war Aufgabe einer Spezialeinheit der Polizei. Die Polizei unterstand dem Sekretariat für interne Sicherheit, das im Innenministerium angesiedelt war, und war entsprechend ihrer Aufgaben in verschiedene Einheiten aufgeteilt. In dem Sekretariat befand sich ebenfalls eine spezielle Zolleinheit, die mit dem Grenzschutz betraut war.

Gaddafis Regime verfügte lange Zeit über einen gut funktionierenden Geheimdienst mit verschiedenen Behörden. Es gab die *Jamahiriya Security Organisation*, die wiederum aus zwei Einheiten bestand, die für interne Sicherheit (Internal Security Apparatus) und die externe Sicherheit (External Security Apparatus) zuständig waren. Wichtig für die geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Regimesicherheit war ebenfalls der militärische Geheimdienst (Al-Istikhbarat al-askariya). Aufgabe der einzelnen Behörden war die Informationsbeschaffung, die Beobachtung regimekritischer Libyer:innen sowie der allgemeine Schutz des Regimes vor Umstürzen oder Bedrohungen von außen. Lange Zeit standen ganze Bevölkerungsteile unter Generalverdacht und wurden intensiv beschattet und kontrolliert. Mit der Öffnung des Regimes änderten sich die Bewachungsmethoden des Geheimdienstes, um die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung eines repressiven Regimes zu ändern.

Es bestand kaum eine vertikale und horizontale Verknüpfung oder Kommunikationsverbindung innerhalb oder zwischen den einzelnen Sicherheitsdiensten. Als zentrale Koordinierungs- und Kommandostelle agierte das Intelligence Bureau of the Leader.

Berichten zufolge haben im Januar 2012 die Justizverwaltung und die ihr angehörigen Polizeieinheiten langsam damit begonnen, die Kontrolle über die offiziellen und provisorisch errichteten Gefängnisse zu übernehmen. Die Polizei steht ähnlich wie das Militär vor großen Herausforderungen. Mit der Öffnung der Polizei für ehemalige Milizen, die gegen das Regime Gaddafis gekämpft haben, ist der Versuch unternommen worden, die Stabilität im Land wieder herzustellen. Die zunächst geringe Bereitschaft der Milizen, sich in die offiziellen Organe einzugliedern, zeigt, dass der Regierung noch ein sehr langer Weg beim Neuaufbau und einer Reform der Polizei bevorsteht.

Verschiedene Staaten und die EU haben ihre Hilfe bei einer Polizeireform angeboten.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	---

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch der Auseinandersetzungen 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. In den 1970er Jahren verfolgte Libyen ebenfalls das Ziel, Atomwaffen zu kaufen. Das Land hatte jedoch weder in der Herstellung noch im Kauf von A-, B- und C-Waffen großen Erfolg. Im Bereich der biologischen Waffen ist es Libyen wohl nie gelungen, über das Forschungs- und Entwicklungsstadium hinaus zu gelangen. Die zwei in den 1980er Jahren fertiggestellten Chemiewaffenanlagen in Rabta und Sebha wurden laut CIA-Berichten jedoch zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt. Über die hergestellte Menge sind jedoch keine genauen Angaben bekannt. Auf internationalen Druck hin wurde die Produktion 1990 eingestellt. Für Aufsehen sorgte 1996 die Entdeckung einer unterirdischen Fabrik für C-Waffen im Berg Tarhuna. Die Fertigstellung der Anlage wurde daraufhin jedoch gestoppt. Für die Forschung zu Atomwaffen stand Libyen einzig ein sowjetischer Leichtwasserreaktor zur Verfügung. Um diesen jedoch militärisch zu nutzen, fehlte laut CIA-Angaben das nötige Wissen.

Dennoch war es wohl nicht nur der diplomatische Weg, der Libyen letztlich zur Aufgabe seines Massenvernichtungswaffenprogramms brachte. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Agent:innen fünf Container des deutschen Frachtschiffes BBC China. Brisanter Inhalt der Container, dessen Bestimmungsort Libyen war, waren Spezialbauteile für Gasultrazentrifugen, die für den Prozess der Urananreicherung benötigt werden. Aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen sah sich Libyen offensichtlich angesichts des Fundes genötigt, das Massenvernichtungswaffenprogramm einzustellen, wollte es die bisherigen erfolgreichen Verhandlungen nicht gefährden. Gegenstand der geheimen Verhandlungen war die Aufhebung der von den USA, der EU und den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Mit dem Einlenken Libyens im Bereich der Massenvernichtungswaffen, aber auch in anderen Bereichen, kam es 2004 schließlich zur Aufhebung der US-Sanktionen. Diese waren seit 1974 sukzessive verhängt worden, da Libyen immer wieder in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus gebracht wurde. Höhepunkt der von US-amerikanischer Seite verhängten Sanktionen war das 1986 beschlossene komplette Handelsverbot mit dem libyschen Staat. Neben den US-Sanktionen waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 auch Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklä-

zung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken. Seit Februar 2011 ist erneut ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021

Libya's interim Government of National Unity was selected by the 75-member UN-facilitated Libyan Political Dialogue Forum in November 2020 and subsequently endorsed by the Libyan House of Representatives. Libya was emerging from a state of civil conflict. The government controlled limited territory. Parallel, unrecognized institutions in the eastern part of the country, especially those aligned with the nonstate actor known as the Libyan National Army, led by General Khalifa Haftar, challenged its authority.

The government had limited control over security forces, which consisted of a mix of semiregular units, tribal armed groups, and civilian volunteers. The national police force under the Ministry of Interior oversaw internal security, supported by the armed forces under the Ministry of Defense.

Security-related police work generally fell to informal armed groups, which received government salaries but lacked formal training, supervision, or consistent accountability. There were credible reports that members of security forces committed numerous abuses.

The Government of National Unity and nonstate actors largely upheld the 2020 cease-fire agreement, although both sides continued receiving support from foreign military forces, foreign fighters, and mercenaries. Informal nonstate armed groups filled security vacuums across the country. ISIS-Libya attempted to maintain a limited presence in the southwestern desert. The Libyan Political Dialogue Forum and House of Representatives each convened to establish a framework for national elections as called for by the Libyan Political Dialogue Forum roadmap. Elections did not take place as scheduled on December 24.

Significant human rights problems included credible reports of: unlawful or arbitrary killings by various armed groups; forced disappearances by various armed groups; torture perpetrated by armed groups on all sides; harsh and life-threatening conditions in prison and detention facilities; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious abuses in internal conflict, including killing of civilians and the recruitment or use of children in conflict; serious restrictions on free expression and media, including violence against journalists and the existence of libel and slander laws; substantial interference with freedom of association; refoulement of refugees and asylum seekers; serious government corruption; lack of accountability for gender-based violence; trafficking in persons; threats of violence targeting ethnic minorities and foreigners; existence or use of laws criminalizing same-sex sexual conduct between adults; significant restrictions on workers' freedom of association, including limits on collective bargaining and the right to strike; and forced labor.

Divisions between western and eastern institutions, a security vacuum in the south, the presence of criminal groups throughout the country, and the government's weakness severely inhibited investigation and prosecution of abuses. The government took limited steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses and acts of corruption within its area of reach; however, its limited resources, as well as political considerations, reduced its ability and willingness to prosecute and punish perpetrators.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/libya>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Militias, armed groups and security forces continued to arbitrarily detain thousands of people, some for over a decade, without allowing them to challenge the lawfulness of their detention. Scores of journalists, politicians, government employees and civil society activists were abducted, forcibly disappeared and tortured or otherwise ill-treated on the basis of their actual or perceived political, regional or tribal affiliation and/or activism connected to planned elections. Militias and armed groups killed and wounded civilians and destroyed civilian property during sporadic, localized clashes. Attacks by armed groups on water infrastructure undermined access to clean water for millions of people. Authorities continued to integrate into state institutions and fund militias and armed groups responsible for war crimes and serious human rights violations. Authorities failed to protect women, girls and LGBTI people from sexual and gender-based violence or to ad-

dress discrimination. Ethnic minorities and internally displaced people faced barriers in accessing education and healthcare. Militias and security forces used unlawful lethal force and other violence to arbitrarily arrest thousands of migrants and refugees, while EU-backed Libyan coastguards intercepted at sea thousands of others and forcibly returned them to detention in Libya. Detained migrants and refugees were subjected to torture, unlawful killings, sexual violence and forced labour. Military courts convicted scores of civilians in grossly unfair trials.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 8/60

Politische Rechte: 1/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (9/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Libya has been racked by internal divisions and intermittent civil conflict since a popular armed uprising in 2011 deposed longtime dictator Mu'ammār al-Qadhafi. International efforts to bring rival administrations together in a unity government succeeded in early 2021, creating a fragile peace. However, proliferation of weapons and autonomous militias, flourishing criminal networks, the interference of regional powers, and the presence of extremist groups have all contributed to the country's persistent lack of physical security. More than a decade of violence has displaced hundreds of thousands of people, and human rights conditions have steadily deteriorated.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/libya/freedom-world/2022>

Kommentar

Die Menschenrechtsslage in Libyen wird in zahlreichen Berichten internationaler Organisationen als verheerend bewertet. Der UN-Menschenrechtsrat hatte Libyen bereits im März 2011 erstmalig in der Geschichte nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft ausgeschlossen. Grund hierfür war die anhaltende Gewalt des ehemaligen Diktators gegenüber der libyschen Bevölkerung. Infolge des Sturzes des Gaddafi-Regimes im Jahr 2011 und der darauffolgenden Fragmentierung des Landes bekämpfen sich gegenwärtig eine Vielzahl bewaffneter Akteure und Milizen in Libyen. Der Konflikt hat gravierende Auswirkungen für die Menschen und ihre Rechte. Neben willkürlichen Verhaftungen, dem mangelnden Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit oder faire Gerichtsverfahren üben bewaffnete Gruppen im Kontext des Bürgerkrieges immer wieder Gewalt an der Bevölkerung aus. Verantwortlich für die Gewalt waren in den letzten

Jahren Akteure der Regierung, der Milizen, der Terrorgruppen sowie der kriminellen Banden im Land. Es existieren zahlreiche Berichte über Mord, Folter, Entführungen und Vergewaltigungen von Männern, Frauen und Kindern. Menschenrechtsorganisationen weisen zudem seit Jahren auf das Problem des Menschenhandels und die Existenz sogenannter Sklavenmärkte in Libyen hin.

Darüber hinaus gilt Libyen als Transitland für Geflüchtete: Rund 20.000 Menschen leben in offiziellen Auffanglagern; darüber hinaus sollen sich laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) weitere 640.000 Migrant:innen in Libyen aufhalten. Hinzu kommen noch einmal mehr als 340.000 Binnenvertriebene, die vor den Kämpfen fliehen mussten. Mehr als 600.000 Menschen sollen in den letzten Jahren aus Libyen nach Europa gekommen sein. Immer wieder kommt es dabei zu Bootsunglücken auf dem Mittelmeer. Nach Informationen der EU waren 2020 820.000 Libyer:innen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dabei sind etwa 20 Prozent der Gesundheitseinrichtungen aufgrund des Krieges zerstört oder geschlossen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The hopeful reconciliation steps that were meant to overcome the de facto division of Libya between the Libyan National Army (LNA) with the Tobruk-based House of Representatives (HoR) in the east, and the Government of National Accord (GNA) with the Tripoli-based General National Congress (GNC) in the west, came to an abrupt end on April 4, 2019, when the LNA under General Khalifa Haftar launched a military offensive toward Tripoli. The intervention of a number of external actors turned the conflict into a regional proxy war that targeted civilians, vital infrastructures, hospitals and medical staff. While attempts at crisis management were promoted by governments in the country's west and east, such measures proved ineffective. They contributed instead to further reinforcing the power of the armed groups and military forces in charge of enforcing restrictive measures such as curfews and lockdowns. Meanwhile, the country entered an unprecedented phase of economic recession, due to Haftar's January 2020 blockade of oilfields, the damage to infrastructure and the closing of communication routes within the country. The generalized decrease in oil prices negatively affected Libya's economy, and since March 2020, the spread of the coronavirus further aggravated conditions in an already collapsing health care system.

The war lasted until June 2020 in the capital and continued until October 2020, as GNA forces – supported by Turkey and Qatar – pushed Haftar's forces eastward in hopes of obtaining control of the Sirte oil basin. Despite a U.N. arms embargo on the country, the international sponsors of both parties provided them with sophisticated weaponry including guided missiles and drones, armored vehicles, and air defense systems. Russian contractors and foreign fighters from Syria and Sudan were provided to both GNA-affiliated forces and Haftar's LNA by their respective international sponsors. Throughout 2019 and early 2020, then U.N. special envoy for Libya, Ghassan Salamé, promoted repeated attempts to resume an intra-Libyan process of reconciliation in dialogue with international actors who had an influence on the parties to the conflict. With this aim, the Berlin Conference on Libya was launched in January 2020, but Salamé resigned in March, complaining that the third-country governments involved in the conflict were not supporting the peace process.

Deputy Secretary Stephanie Williams resumed Salamé's mediation efforts. The military 5+5 GNA+LNA follow-up committee was created, which started negotiations in Geneva in February 2020.

Meanwhile, military confrontations reached a stalemate between summer and fall 2020. Only on October 23, 2020, was a cease-fire agreement reached. A few weeks later, the Libyan Political Dialogue Forum (LPDF) opened in Tunis, with 75 members chosen by the United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) as representatives for women, youth, minorities and other relevant political actors – although it was criticized for allegedly underrepresenting certain ethnic groups, kin groups and political factions, some observers argued that some appointed members had been involved in corrupt practices. The “Preparatory Phase for a Comprehensive Solution” to the Libyan crisis was launched, thanks to the approval of a roadmap for resuming the political process, with presidential and parliamentary elections slated to be held on December 24, 2021. In January 2021, LPDF members reconvened in Switzerland, where they agreed on a selection mechanism for both the Presidency Council and the Government of National Unity, whose elections were to take place in February 2021.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Libyen, zusammen mit Äquatorialguinea, auf Platz 172 (2020: Platz 173). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit 1951 traten Konflikte zwischen Monarchist:innen und Republikaner:innen auf. Die damalige Situation in Libyen war ebenso durch Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung geprägt. Mit der Entdeckung des Erdöls zeigten sich zudem soziale Spannungen zwischen den traditionell Reichen im Land und den durch das Öl schnell reich gewordenen Libyer:innen. Zusätzlich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Libyen immer größer. Mit der Machtübernahme durch Muammar al-Gaddafi entspannte sich jedoch zunächst die innenpolitische Lage deutlich. Libyen hatte lange Zeit keine gravierenden ethnischen Konflikte zu verzeichnen und es kam nur zu sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen. Zurückzuführen ist dies auch auf den Regierungsstil Gaddafis. Dieser führte dazu, dass Libyen trotz aller Spannungen und Konflikte mit anderen Staaten lange Zeit ein Maß an innerer Stabilität aufweisen konnte. Maßgeblich gelitten haben darunter Minderheiten, Oppositionelle und die demokratische Reformbewegung.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagene Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zunächst zu einer Entspannung bei. Ende 2010 zeichnete sich jedoch bereits eine Zuspitzung des Konflikts ab, der im Zuge der allgemeinen Umstürze in der Region, bekannt als die Phase des *Arabischen Frühlings*, im Frühjahr 2011 eskalierte.

Im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region kam es zu einem bewaffneten Konflikt (*Erster Bürgerkrieg 2011*), in den die NATO, mandatiert durch die Vereinten Nationen, eingriff. Zwar haben es aufständische Gruppen mit Unterstützung der NATO vermocht, Gaddafi zu stürzen – eine geeinte Opposition bestand jedoch nicht. Das primäre Ziel der Aufständischen war damals, Gaddafi aus dem Land zu vertreiben und eine neue Regierung einzusetzen. Die NATO hingegen, unter dem Mandat der UN, verfolgte vorrangig das Ziel, mithilfe von militärischen Mitteln die humanitäre Katastrophe zu begrenzen und Angriffe der libyschen Armee auf Zivilist:innen zu verhindern. In diesem Krieg starben Schätzungen zufolge zwischen 10.000 und 50.000 Zivilist:innen.

Nach der offiziellen Befreiung Libyens am 23. Oktober 2011 durch Truppen des „National Transitional Council“ (NTC) wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, die die Abstimmung über eine neue Verfassung sowie die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorbereiten sollte. Im Juli 2012 wählte das libysche Volk ein neues Parlament; im August 2012 übergab der NTC die Macht an den „General National Congress“ (GNC). Der Übergangsprozess scheiterte schließlich im Jahr 2014, als es zu zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen gegnerischen bewaffneten Gruppen (*Zweiter Bürgerkrieg seit 2014*) kam. Im Juni 2014 war ein neues Parlament gewählt worden. Dieses „House of Representatives“ (HoR) löste den GNC ab und eine neue Regierung konnte gegründet werden. Ein Teil des GNC weigerte sich jedoch, das neue Parlament anzuerkennen und bildete daraufhin eine Gegenregierung. Seither bestanden zwei konkurrierende Regierungen, die jeweils Vertreter:innen sehr unterschiedlicher politischer Ausrichtungen vereinten. Dabei bestand auf keiner Seite eine vollständige Kontrolle über die Milizen, die die jeweiligen Machtzentren unterstützen, wodurch die politischen Verhandlungen erschwert wurden. Zwar hatten die Vertreter:innen der beiden libyschen Regierungen im Dezember 2015 in Marokko ein von der UN vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet, um den Bürgerkrieg zu beenden und das Land zu einen. Der Vertrag sah eine Einheitsregierung (Government of National Accord, GNA) und einen Präsidentschaftsrat für eine Übergangszeit von bis zu zwei Jahren, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen vor. 2016 übernahm diese Regierung die Macht in Tripolis. Jedoch lehnten Akteure auf beiden Seiten das Abkommen ab, sodass die Regierung in Teilen des Landes weiterhin machtlos blieb und das Land in unterschiedliche Machtgebiete gespalten war.

Der mächtigste Gegenspieler des international anerkannten Regierungschef Fajis al-Sarraj, der die Nationale Einheitsregierung führte, war General Chalifa Haftar. Haftars Machtgebiet befindet sich im Osten des Landes und wird von der Libyschen Nationalen Armee (LNA) kontrolliert. Beide Seiten einigten sich im Sommer 2017 auf Vermittlung des französischen Präsidenten Macrons hin auf einen Zehn-Punkte-Plan, der eine Waffenruhe und baldige Wahlen vorsah. Letztere waren für 2018 geplant. Im April 2019 begann General Haftar eine großangelegte Militäroffensive mit dem Ziel, die Hauptstadt Tripolis und damit die Macht im Land mit Gewalt an sich zu reißen. Haftar mobilisierte eine Koalition bewaffneter Gruppen, deren Kern Einheiten bilden, die von seinen Söhnen, Verwandten oder deren engen Vertrauten angeführt werden. Gegen Haftar formierte sich eine breite Allianz von Kräften, vor allem aus westlibyschen Städten, die nur formell der international anerkannten Einheitsregierung in Tripolis unterstanden. Nach über einem Jahr fortlaufender Gefechte in den südlichen Vororten von Tripolis gelang es den Regierungskräften im Juni 2020, Haftars Truppen aus Westlibyen zu verdrängen.

Daraufhin standen sich die beiden Seiten im Zentrum des Landes gegenüber. Im Oktober 2020 unterzeichneten sie erneut einen Waffenstillstand, dessen Umsetzung jedoch stockte. Anfang 2021 wurde eine Übergangsregierung unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh etabliert, die Wahlen bis Ende 2021 möglich machen soll und versucht, die Konfliktparteien zu einen. Nachdem die Wahl am 24. Dezember 2021 jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Ostend es Landes einen neuen, zweiten Regierungschef (Fatih al-Baschagha) aus. Nachdem es in der Hauptstadt Tripolis im Mai 2022 zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen gekommen war – einige Medien berichteten von einem versuchten Putsch durch Baschagha – verkündete dieser, seine Regierungstätigkeit von Tobruk in die Stadt Sirte verlegen zu wollen.

Das Umfeld aus fragmentierter politischer Macht und zahlreichen Milizen begünstigte in den vergangenen Jahren zum einen den Machtausbau des Islamischen Staates (IS), der insbesondere in der Stadt Sirte und Umgebung die Kontrolle übernahm. Zwar verlor der IS diese im Dezember 2016 wieder; doch auch in den folgenden Jahren war der IS weiterhin für zahlreiche Entführungen und Anschläge im Land verantwortlich. Zum anderen überqueren jährlich zehntausende Menschen das Mittelmeer mit Booten, um der Perspektivlosigkeit im Land zu entkommen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Libyen umfasst eine Fläche von 1,76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden beziehungsweise Südosten teilt es die Grenze mit Niger, Tschad und dem Sudan. Im Osten grenzt Libyen an Ägypten. Das Land gilt aufgrund seiner Lage als eines der Haupttransitländer für Geflüchtete aus Afrika nach Europa.

Politische Situation in der Region

Libyen bemühte sich seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei zielten die libyschen Bemühungen sowohl auf die arabische Welt wie auch den afrikanischen Kontinent ab. Im Februar 1989 gründete Libyen zusammen mit Tunesien, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe, UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Muammar al-Gaddafi die Sahel- und Saharastaatengemeinschaft (SinSad). Diese geriet in den Ruf, einzig als außenpolitisches Instrument Libyens zu funktionieren, da es Libyen mit Hilfe der anderen Mitgliedsstaaten und durch politische und ökonomische Unterstützung derselben gelang, Verbündete

gegen die USA bzw. die UN zu gewinnen und Sanktionen teilweise zu unterlaufen. Mittlerweile hat sich dieser Vorwurf gelegt und die SinSad hat sich zu einer dynamischen Regionalorganisation entwickelt, die wichtige Nordafrika und den Sahararaum betreffende, übergreifende Probleme diskutiert und nach Lösungsansätzen sucht.

Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 geht auf die Initiative von Muammar al-Gaddafi zurück. Bereits 1999 warb er für eine Reform der damaligen Vorgängerorganisation Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) und propagierte die Idee der Vereinigten Staaten von Afrika mit einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Währung und einer zentralen Führung. Zwar lehnten viele afrikanische Staaten die Pläne Gaddafis ab, ihre Skepsis bezüglich einiger Reformen konnte Gaddafi jedoch oftmals durch finanzielle Mittel abmildern, wodurch schließlich die Gründung der AU beschlossen wurde. Die Beziehungen zu Algerien sind aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und ähnlicher außenpolitischer Interessen freundschaftlich und gut. Die in den 1980er Jahren aufgetretenen Spannungen sind überwunden. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Des Weiteren ist in Libyen die UN-Unterstützungsmission UNSMIL aktiv, die engen Kontakt zu den libyschen Akteuren pflegt und den Friedensprozess fördern soll. Besonderes Gewicht hat die EU als potenziell wichtigster Unterstützer einer Nach-Konflikt-Regierung. Bis heute wird das Verhältnis von Libyen zur EU durch die anhaltenden Fluchtbewegungen aus dem nordafrikanischen Land belastet. Die am häufigsten gewählte Route führt dabei über das Mittelmeer und lässt sich nur schwer kontrollieren. Im Mai 2015 lehnte die international anerkannte Regierung im Bürgerkriegsland jedoch ein militärisches Vorgehen von Seiten der EU gegen Schleuser:innenbanden im Mittelmeer und in den Häfen des Landes strikt ab. Bislang ist es ausländischen Militärschiffen nicht erlaubt, die sogenannte Zwölf-Meilen-Zone vor der Küste Libyens zu befahren. Seit 2015 waren Schiffe europäischer Streitkräfte im Rahmen der EU-Marinemission „Sophia“ im Einsatz, die im März 2020 beendet wurde. Das Ziel der Mission war die Bekämpfung der Schlepperorganisationen und des Menschenhandels; die Schiffe fingen dabei jedoch auch immer wieder Geflüchtete bei der Überquerung des Mittelmeeres auf. Die Zahlen schwanken zwischen 43.000 und 50.000 Menschen. Die EU-Nachfolge mission „Irinia“, die zunächst bis zum 31. März 2021 mandatiert wurde, mittlerweile jedoch bis März 2023 verlängert wurde, soll das Waffenembargo für Libyen überwachen, die libysche Küstenwache ausbilden und gegen Menschenschmuggel vorgehen. Auch Deutschland ist militärisch an der Mission beteiligt.

Grenzkonflikte

Frühere Grenzprobleme mit Ägypten sind mittlerweile beigelegt. Aus dem Aouzou-Streifen im Norden des Tschads musste sich Libyen 1994 nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zurückziehen. Derzeit werden keine offenen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten ausgetragen. Da Libyen jedoch ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem algerischen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es sind derzeit keine Informationen hinsichtlich Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle bekannt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI) sind US-amerikanische Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum sowie in der Sahel Zone stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Außerdem ist in Libyen im Rahmen der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) Militärpersonal aus Nepal (234 Soldat:innen), Großbritannien und den USA (jeweils ein:e Soldat:in) stationiert. Italien hat im Zuge seiner Mission MIASIT (Missione bilaterale di assistenza e supporto in Libia) 400 Soldat:innen nach Libyen entsandt. Seit Anfang 2020 befinden sich zudem Truppen (circa 500 Soldat:innen) des NATO-Partners Türkei in Libyen.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Libyen 90 Prozent im Jahre 2017, und ist damit im Vergleich zum Vorerhebungsjahr identisch geblieben. Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weist Libyen damit die höchste Rate an Technologiepiraterie in der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 66 Millionen US-Dollar (2015: 65 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, im Jahr 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhärtete sich über die Jahre zusehends. Neben dem Vorwurf, Libyen unterstütze indirekt terroristische Organisationen, wie etwa die nordirische Untergrundbewegung Irish Republic Army (IRA), mit Waffenlieferungen oder auch finanziellen Zuwendungen, konnte Libyen ebenso eine direkte Beteiligung an Terroranschlägen nachgewiesen werden. Ein Anschlag auf die vornehmlich von US-amerikanischen Soldat:innen besuchte West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985 bildete den Auftakt einer Reihe von Terror-Anschlägen mit nachweislich direkter Beteiligung. Der verheerendste Anschlag des „libyschen Terrors“ geschah im Dezember 1988 mit einem Attentat auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines. Durch eine Kofferbombe wurde das Flugzeug nahe der schottischen Stadt Lockerbie zur Explosion gebracht; 270 Menschen starben. Ein ähnlicher Anschlag ereignete sich kurze Zeit später über der Ténéré-Wüste in Niger. Bei der Explosion eines französischen Flugzeuges kamen dort 171 Menschen ums Leben. Beide Anschläge galten als Vergeltungsakt für die militärische Unterstützung Nigers im Tschad-Konflikt seitens Frankreichs beziehungsweise Israels durch die USA. Aufgrund dieser Ereignisse wurden schließlich umfassende Sanktionen von den USA, der EU und den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der Sanktionen und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer Kehrtwende in der libyschen Einstellung zum Terrorismus. Zum einen war die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen mit den Auflagen verknüpft, dass Libyen Entschädigungszahlen für die Lockerbie-Opferfamilien leisten müsse, die volle Verantwortung für die Anschläge von Lockerbie übernehmen solle und dem Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele definitiv abschwören müsse. Zusätzlicher Druck entstand durch 9/11 und die Forderung des damaligen US-Präsidenten Bush, sich klar zu positionieren, um nicht selbst ins Fadenkreuz zu rücken und damit zum Angriffsziel zu werden. Libyen positionierte sich von Beginn an auf der Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Laut Medienberichten soll es bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem Treffen einer libyschen Delegation mit Vertreter:innen des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes gekommen sein. Dabei wurde offenbar die libysche Unterstützung im Kampf gegen den Terror unterstrichen und Libyen übermittelte den Geheimdienstmitarbeiter:innen wichtige Unterlagen.

Ebenso wie andere Regionen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika hat auch Libyen mit dem Einfluss der Terrorgruppe IS zu kämpfen, der in den vergangenen

Jahren von den innerlibyschen politischen Fragmentierung profitierte. Derna, Benghazi und Sirte waren schon immer lokale dschihadistische Hochburgen mit historisch gewachsenen Milieus. Seit 2011 konnten diese vom Chaos profitieren und sich ausbreiten, denn es gab keine staatlichen Strukturen mehr, die ihnen hätten entgegentreten können. Mit der Eskalation des Konflikts in Syrien sind viele Libyer:innen dorthin gereist, haben mit dem IS gekämpft und sind anschließend nach Libyen zurückgekehrt. Es gelang dem IS zeitweise, die Stadt Sirte und deren Umgebung zu kontrollieren. Im Dezember 2016 konnte die Stadt dem IS jedoch entnommen werden. Seither ist der IS weiterhin in Form von Entführungen und Terroranschlägen im Land aktiv.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Libyen boykottierte zum wiederholten Male, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die

aber in Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Libyen keine Daten. Da das Land den Arms Trade Treaty bisher noch nicht ratifiziert hat, reicht es auch hier derzeit entsprechend keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet es aber seit 2003 im zweijährigen Turnus.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht. Der Konflikt hat zur teilweisen Plünderung der staatlichen Waffenarsenale geführt. Libyen ist ein wichtiger illegaler Waffenlieferant für Nordafrika sowie für Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden mittlerweile in etliche Länder geschmuggelt und sind an Konflikten auf mehreren Kontinenten beteiligt. Viele der Waffen, darunter auch MANPADS, befinden sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen in der Sahel-Zone oder im Konflikt in Syrien. Auch in die Hände von westafrikanischen Rebell:innen gelangten libysche Waffen, beispielsweise in Sierra Leone. Gerade die Verbreitung der schultergestützten Boden-Luft-Raketen (MANPADS) bereitet der internationalen Gemeinschaft große Sorgen. Die weiterhin schwierige Lage in dem Land dürfte die unerlaubte Ausfuhr von Rüstungsgütern und Waffen erheblich erleichtern. Der Waffenschmuggel in der Region wird noch heute aus Beständen genährt, die noch vom alten libyschen Regime angelegt worden waren, aber auch aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner:innen Ghaddafis. Nach dessen Sturz waren es Waffen aus Libyen, die den Konflikt in Mali anheizten. Weitere Waffen sind in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel, Niger und Algerien geraten. Insbesondere auf den Staat Mali entfalten die geschmuggelten Waffen aus Libyen verheerende Wirkungen: Die libyschen Waffen gelangten in die Hände von Rebell:innen, die dadurch im Mai 2012 die demokratische Regierung stürzen konnten. Des Weiteren besteht ein reger Austausch an Waffen mit dem Nachbarland Tunesien. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch die Berberstämme erfasst haben. Aus Libyen gelangten zudem immer wieder Waffen in die Hände syrischer Rebell:innen. Die beliebteste Schmuggelroute dafür verlief über die Türkei oder über den Norden des Libanon. So wurde beispielsweise im April 2012 eine Schiffsladung, die aus Libyen stammte und für die syrischen Rebell:innen bestimmt war, von den libanesischen Behörden beschlagnahmt. Einige Container enthielten Milan-Raketen mit der deutschsprachigen Aufschrift „Bodenziel“ und dem Kürzel „LFK“, das für „Lenkflugkörper“ steht. Das belegen Fotos des Fundes, die von libanesischen Netzaktivist:innen veröffentlicht wurden. Laut einem UN-Bericht haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

[...] Meanwhile, the country entered an unprecedented phase of economic recession, due to Haftar's January 2020 blockade of oilfields, the damage to infrastructure and the closing of communication routes within the country. The generalized decrease in oil prices negatively affected Libya's economy, and since March 2020, the spread of the coronavirus further aggravated conditions in an already collapsing health care system.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	-	-	-
Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	105,01	347,12	202,19	184,8	-
Net ODA (% of GNI)*	0,37	0,86	0,38	0,35	-
Deutsche ODA Zahlungen*	33,04	177,54	52,69	32,74	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	182,6	-	-	-	-
Index-Platzierung	46	-	-	-	-

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Ägypten	Militarisierungswert	199,5	192,1	192,6	193,1	194,4
	Index-Platzierung	33	36	35	36	36
Algerien	Militarisierungswert	253,5	249,0	255,4	261,4	250,2
	Index-Platzierung	17	16	16	15	17
Niger	Militarisierungswert	130,5	133,9	125,2	127,6	118,0
	Index-Platzierung	83	77	88	90	100
Sudan	Militarisierungswert	200,3	169,3	164,5	148,7	147,3
	Index-Platzierung	32	52	58	71	71
Tschad	Militarisierungswert	175,5	176,1	171,7	190,7	189,0
	Index-Platzierung	50	47	53	39	44
Tunesien	Militarisierungswert	160,8	168,2	175,2	181,1	179,3
	Index-Platzierung	59	53	50	48	50

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Ägypten	Militärausgaben (absolut)	4270	4195	4355	4505	4876
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,2	1,2	1,2	1,3
Algerien	Militärausgaben (absolut)	9709	9311	10045	9708	9116
	Militärausgaben/BIP	5,9	5,5	6,0	6,7	5,6
Niger	Militärausgaben (absolut)	214	226	263	238	190
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,5	2,7	2,4	1,8
Sudan	Militärausgaben (absolut)	3320	1692	1530	934	890
	Militärausgaben/BIP	3,5	1,8	1,6	1,1	1,0
Tschad	Militärausgaben (absolut)	237	249	246	323	311
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,3	2,2	3,1	2,8
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	895	899	1105	1157	1159
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,1	2,6	2,9	2,8

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,714	0,722	0,722	0,703	0,718

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Über die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst werden könnte, lässt sich aufgrund mangelnder Daten nur spekulieren.

Zwar verfügt das Land über hohe Öleinnahmen, doch wurden diese lange Zeit nicht in gesellschaftliche Sektoren gelenkt oder zu umfangreichen und nachhaltigen Investitionen in die Wirtschaft genutzt. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühling hat die Entwicklung des Landes nachhaltig negativ beeinflusst.

Die erneute Zuspitzung des Konflikts seit April 2019 hat auch die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes weiter verschlechtert. Die libysche Volkswirtschaft ist völlig von Erdölexporten abhängig. Die Fördergebiete befinden sich im (ehemaligen) Einflussbereich Haftars, der ab Januar 2020 die Erdölproduktion weitgehend lahmlegte, um die Regierung in Tripolis finanziell unter Druck zu setzen. Viele Libyer:innen sind auf die Gehälter des öffentlichen Dienstes angewiesen und leiden unter den ausbleibenden Zahlungen der Regierung. Auch Gesundheitswesen und Stromversorgung sind durch lange Jahre des Staatszerfalls, der Korruption und Kriegsschäden dem Kollaps nahe.